



Gemeinsame Presseinformation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen

im Vorfeld der Haushaltsklausur der Landesregierung

Investitionsstau, Personal-, Besoldungs- und Tarifsituation im öffentlichen Dienst

Gewerkschaft der Polizei (GdP), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) schlagen im Vorfeld der Haushaltsklausur der Landesregierung Alarm

Besoldung: Niedersachsen im Bundesvergleich weiterhin im unteren Tabellendrittel

Der aktuelle Vergleich über die Bezahlung der Beamt/-innen im Besoldungsreport 2021 des DGB bringt es auf den Punkt: Niedersachsen ist im Bundesvergleich weiterhin mit am Tabellenende zu finden. Einige Beschäftigte wechseln daher zu Bundesbehörden oder in andere Bundesländer, in denen deutlich besser bezahlt wird, andere versuchen im Kommunalbereich unterzukommen.

Grund für diese ungleiche Behandlung der Beamt/-innen ist die Föderalismusreform im Jahr 2006. Die Länder können demnach selbstständig Eingriffe in die Besoldung vornehmen und Besoldungsanpassungen später, nur teilweise oder gar nicht vornehmen. Diese „Reform“ ist gerade in Niedersachsen zu einer reinen Sparreform geworden. Bis dahin war die Besoldung der Beamten/-innen in Bund und Ländern nahezu gleich, nach dem Motto: Gleiche Arbeit - Gleiches Geld! Gleiche oder vergleichbare Lebensbedingungen in den Ländern jetzt: Fehlanzeige!

Diese Situation haben GdP, GEW und Ver.di seit Jahren angemahnt. In den Reden im Landtag erhalten sie dafür von den Fraktionen und auch von den Parteien Bestätigung. Dank und Applaus sind sicher ernstgemeint, Gravierendes hat sich aber leider nicht verbessert. Mühsam konnten durch Demonstrationen, intensive Gespräche und Verhandlungen der Ö.D.-Gewerkschaften und des DGB mit den Parteien SPD und GRÜNE in ihrer Regierungszeit seit 2013 und mit SPD und CDU seit 2017 wieder leichte Verbesserungen erzielt werden. Ein erster Schritt war die Wiedereinführung einer - wenn auch geringen - Sonderzahlung, die vor über 15 Jahren von CDU und FDP abgeschafft worden war. Allerdings ist dies nur ein Erfolg für die aktiven Beamt/-innen. Bei niedersächsischen Pensionären wurde die Lebensleistung im Gegensatz zu anderen Bundesländern und dem Bund nicht anerkannt.

Im Doppelhaushalt 2022/2023 droht nun erneut das Ausbleiben weiterer Anpassungen und Verbesserungen! Die niedersächsische Landesregierung will erneut auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes und der dortigen Beschäftigten einsparen. Die Schere zu den Nachbarländern und zum Bund wird sich dadurch weiter vergrößern, die Attraktivität für den Nachwuchs, in Niedersachsen im öffentlichen Dienst anzufangen, wird weiter sinken.

Sparkurs: Heikle Personalsituation gefährdet Stabilität und Qualität des Gemeinwohls

Bei den Tarifgehältern sieht es nicht besser aus: Die Entgelte des TVÖD-Bereiches (Bund und Kommunen) sind ungleich höher als die im Bereich des TVL; auch hier geht die Schere immer weiter auseinander. Von den Unterschieden in vielen Berufen zur Privatwirtschaft ganz zu schweigen.

Dabei wird beim Land in den nächsten Jahren ein Viertel der Beschäftigten in den Ruhestand wechseln. Angesichts dieser Situation schlagen die Gewerkschaften GdP, GEW und Ver.di Alarm. So kann es kaum gelingen, ausreichend Fachkräfte für das Land zu finden. Die Bezahlung hinkt weit hinterher und auch bei den Arbeitsbedingungen steht das Land nicht in der ersten Reihe. Die Landesregierung wird am 11./12. Juli 2021 ihre Haushaltsklausur durchführen. Es sollen die Schwerpunkte des Kabinetts für einen Doppelhaushalt 2022/2023 herausgestellt werden. Schon im Vorfeld gab es viel Stimmungsmache und Propaganda, insbesondere vom Finanzminister Hilbers und der Präsidentin des Landesrechnungshofes von Klaeden. Sie betonen, dass die Schuldenbremse eingehalten und die „Schwarze Null“ beachtet werden müsse, die Schulden weiter abgebaut und auf den öffentliche Dienst Einsparungen zukommen würden.

GdP, GEW und Ver.di stellen fest, dass gerade auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen, wie schon vor der Pandemie, auch während der Corona-Krise herausragende Arbeit für das Gemeinwesen, für die öffentliche Daseinsvorsorge und für die Gesellschaft geleistet haben. Der öffentliche Dienst ist und bleibt ein Garant für Stabilität und Sicherheit.

Die Arbeit in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Bildungseinrichtungen, bei der Feuerwehr, ebenso bei der Polizei und in den öffentlichen Verwaltungen war und ist herausragend.

Fachkräfte, Ausstattung, Infrastruktur: Investitionen schaffen attraktives Arbeitsumfeld

Nicht nur, dass das Land Niedersachsen von allen Bundesländern pro Kopf am wenigsten investiert. In der Pandemie wurde auch offensichtlich, dass in den letzten Jahren viel zu wenig Investitionen in den öffentlichen Dienst geflossen sind. Die Digitalisierung ist nicht auf dem neuesten Stand, Mobiles Arbeiten steckt in den Kinderschuhen, die Schulen (hier fehlen rund 7.000 Lehrkräfte) und Kinderbetreuungseinrichtungen haben extremen Nachholbedarf. Bei der Polizei droht Personalabbau, im Extremfall die Schließung von Dienststellen sowie die Verringerung der Präsenz auf der Straße. Es besteht dringender Bedarf an Sanierungen von Liegenschaften, u.a. bei der Polizei (Investitionsbedarf von derzeit 225 Millionen Euro), Schulen, Universitäten sowie der sonstigen Infrastruktur (mindestens 300 Mio. Euro). In vielen

Hannover, 08.07.2021

Verwaltungen fehlen Fachkräfte und herrscht heute schon Unterbesetzung, was oft zu großen Verzögerungen für wichtige Vorhaben, bei Anträgen und dergleichen führt. Die Kapitalisierung und Privatisierung von notwendigen Gemeinwohleinrichtungen, z.B. Krankenhäusern, Elektrizität und auch ÖPNV, ist verkehrt und muss zurückabgewickelt werden.

Dennoch soll im Landeshaushalt der Rotstift angesetzt werden. Das ist genau der falsche Weg. Niedersachsens Infrastruktur und ebenso der öffentliche Dienst müssen dringend auf Vordermann gebracht werden.

Für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist klar: Wenn nicht dringend etwas getan wird, um die Attraktivität für die aktiven Beschäftigten sowie für die Fachkräfte von morgen in Niedersachsen zu verbessern, dann bekommt Niedersachsen ein großes Problem.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (GdP, GEW und Ver.di) fordern die Landesregierung in Niedersachsen dringend dazu auf, für den Doppelhaushalt 2022/2023 ein Zukunftskonzept für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie für die sachlichen Probleme im öffentlichen Dienst zu beschließen. Diese offensichtlichen Probleme dürfen und können nicht länger auf die lange Bank geschoben werden.

Tarifrunde der Länder: Defizite zum TVÖD müssen ausgeglichen werden

Ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der ungerechten Bezahlung in Niedersachsen ist die anstehende Tarifrunde der Länder (TVL). Die Gewerkschaften des ö.D. erwarten hier vom Land Niedersachsen mit seinem Verhandlungsführer Finanzminister Reinhold Hilbers ein deutliches Signal für eine Angleichung an die Entgelte und die Besoldung nach den Tarifverhandlungen im Bereich des TVÖD sowie eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf den Beamtenbereich.

GdP, GEW und Ver.di werden sowohl aktuell als auch vor der Landtagswahl im Herbst 2022 die bekannten Probleme immer wieder thematisieren und darauf achten, wer sich hin zu mehr Gerechtigkeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bewegt und konkrete Verbesserungen im öffentlichen Dienst durch Investitionen vorschlägt.

So jedenfalls geht es in Niedersachsen nicht mehr weiter. Für ein gutes Niveau an Innerer Sicherheit, Bildung und Gemeinwesen sowie attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst braucht Niedersachsen dringend eine Investitionsoffensive und keine weiteren Kürzungsdebatten!

Gute, gesunde Arbeitsbedingungen, ein attraktives Arbeitsumfeld, bessere Vereinbarung von Familie und Beruf, moderne Digitalisierung!

Gute Leute – Gute Arbeit – Gutes Geld! Auch für die Beschäftigten in Niedersachsen!

Laura Pooth, Vorsitzende GEW Niedersachsen
Dietmar Schilff, Vorsitzender GdP Niedersachsen
Detlef Ahting, Landesleiter Ver.di Niedersachsen